

Beschlussantrag Präsidium BSW

Der Parteivorstand möge beschließen:

Zeitenwende: Vom Rockzipfel der USA lösen!

Die Ära westlicher Vorherrschaft geht zu Ende. Auf die „wertegeleitete“ folgt die multipolare Weltordnung. Die USA suchen ihren wirtschaftlichen Niedergang um fast jeden Preis aufzuhalten. Angefangen mit einer unbeständigen Zollpolitik hin zu einer unverhohlenen imperialen Außenpolitik: Vor allem in Lateinamerika, aber auch mit Blick auf Grönland und im Nahen Osten. Dass Donald Trump nicht den US-Kongress, sondern die Erdölkonzerne vor der Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro und seiner Ehefrau informierte und den Überfall offen mit dem Rohstoffreichtum des Landes begründet, markiert eine neue Ära des offenen Imperialismus. Wurden frühere Militäreinsätze noch durch Lügen wie etwa den angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak versucht zu rechtfertigen, werden sie nun offen mit imperialistischen Motiven begründet.

Anders als Brüssel und Berlin sucht Washington den Ukraine-Krieg durch Verhandlungen mit Moskau zu beenden. Wie der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Dezember 2025 unmissverständlich zu entnehmen ist, sieht Washington in Russland, im Gegensatz zu den Europäern, keine existentielle Bedrohung. Diese Strategie entlarvt die hiesige Politik der ‚Kriegstüchtigkeit‘ als gefährliches Luftschloss. Während Washington pragmatisch eigene Interessen verfolgt, verharren Berlin und Brüssel in einer ideologischen Schockstarre und weigern sich, die Realität einer multipolaren Welt anzuerkennen.

Geostrategisch spielt die EU darin nur noch eine untergeordnete Rolle.

Hiesige „Transatlantiker“, tonangebend in Politik und Medien, mögen die veränderten Realitäten bislang nicht anerkennen: Europa wie auch Deutschland sind für die USA wenig mehr als Vasallen – ein Entsorgungsmarkt für US-Waffen und teures, umweltschädliches Fracking-Gas. Wir bezahlen die Zeche für amerikanische Geopolitik mit unserer industriellen Substanz und dem Wohlstand unserer Bürger. Entsprechend haben die Parteien der gescheiterten Mitte keinerlei Plan für eine eigenständige Rolle Deutschlands in der künftigen, von verschiedenen Machtzentren geprägten Weltordnung. Ihr krampfhaftes Festhalten an

transatlantischen Illusionen hat unser Land in eine geopolitische Sackgasse und ökonomische Bedeutungslosigkeit manövriert.

Europa wie auch Deutschland sind für die USA wenig mehr als Vasallen, ein Absatzmarkt für US-Waffen und überteuerte Energielieferungen. Entsprechend haben die hiesigen „Parteien der Mitte“ keinerlei Plan für eine eigenständige Rolle Europas und Deutschlands

Im Hinblick auf die unverhohlenen Drohungen von US-Präsident Donald Trump zur Einverleibung Grönlands agieren sie hilflos, in Syrien, wo ein Islamist zum Kronprinzen des Westens erkoren wurde, und im Hinblick auf den Genozid im Gaza-Streifen offenbaren sie ihre Doppelmoral. Im Iran ruhen die Hoffnungen in den westlichen Hauptstädten auf einem Sturz der Mullahs - jedoch ohne Plan für die Zeit danach. im Übrigen halten sie fest an Altbewährtem: Waffenlieferungen in globale Kriegs- und Krisengebiete plus Sanktionen. Zuletzt auch gegen missliebige Meinungsäußerungen von Bürgern.

Das BSW bekennt sich zum Völkerrecht und lehnt „Kriegstüchtigkeit“ ebenso ab wie das ständige Messen mit zweierlei Maß, die Unterteilung der Welt in „gut“ und „böse“, in „Demokratie“ versus „Autokratie“. Eine stabile Sicherheitsarchitektur in Europa kann es auf Dauer nur geben, wenn ukrainische und russische Interessen gleichermaßen berücksichtigt werden. Wir begrüßen die Initiative unseres Europaabgeordneten Michael von der Schulenburg, des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr General a.D. Harald Kujat, des Historikers Peter Brandt sowie weiterer Autoren für einen realistischen Friedensplan, der die Überlebensfähigkeit einer neutralen Ukraine sichert. Sie wurde für einen vermeidbaren Stellvertreter- und Abnutzungskrieg geopfert, der im Wesentlichen, um die NATO-Perspektive geführt wurde.

Die Fortsetzung des Krieges mittels einer unbegrenzten Staatsverschuldung faktisch bedingungslos zu unterstützen, selbst um den Preis der eigenen wirtschaftlichen Selbstzerstörung – dieser Weg ist für Brüssel wie Berlin gleichermaßen offenkundig der falsche. Jeder Euro, der in dieses ökonomische Suizidprogramm fließt, fehlt bei der Sanierung unserer maroden Brücken, Schulen und Schienen. Wer die eigene Infrastruktur verfallen lässt, um einen verlorenen Stellvertreterkrieg zu finanzieren, handelt verantwortungslos gegenüber der nächsten Generation. Das BSW fordert die EU-Kommission wie auch die Bundesregierung auf, europäische und deutsche Interessen offensiv zu vertreten. Dazu gehört nicht zuletzt, die

Beziehungen zu den USA nicht ideologisch, sondern auf Augenhöhe zu gestalten sowie eine enge Kooperation mit den BRICS-Staaten.

Die Europäische Union und Deutschland haben sich in eine ökonomische und sicherheitspolitische Sackgasse manövriert. Die wahre Zeitenwende ist der Abstieg Europas und die Unfähigkeit der Eliten in Politik und Medien sich rechtzeitig vom Rockzipfel der USA zu lösen. Kurz- und mittelfristig existieren dafür jedoch wichtige Hebel:

- Die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland muss aufgekündigt werden
- Die laut dem Bundesgerichtshof von einem ukrainischen Sabotage-Kommando gesprengte Nord Stream Pipeline muss - eingebettet in einen Waffenstillstand - wieder in Betrieb genommen werden, um unsere Abhängigkeit von US-Fracking-Gas zu reduzieren und die endlosen Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen
- Die Profite von US Big Tech-Konzernen im europäischen Binnenmarkt sind durch Straf- bzw. Quellensteuern abzuschöpfen
- Statt uns wirtschaftlich tot zu rüsten bracht es eine Friedensdividende durch Rüstungskontrolle und eine neue Sicherheitsarchitektur, die Länder und Kommunen müssen ertüchtigt werden unsere zivile Infrastruktur zu reparieren
- Verträge für die US-Militärbasis Ramstein sind zu kündigen

Diplomatie, Realitätssinn und eine geostrategische Neuformatierung auch und vor allem in Richtung Globaler Süden, einschließlich eines Autarkiestrebens gegenüber den USA – dafür steht das BSW.